

Sehr geehrte Frau Dr. Gräßle,

als erstes möchte ich mich bei Ihnen für unser äußerst angenehmes Gespräch am 28.10.2014 in Berlin bedanken. Ihre Ausführungen habe ich mit sehr großem Interesse zur Kenntnis genommen. Zu unserem Gesprächsthema „Interessenkonflikt“ habe ich intern zwischenzeitlich die Rechtslage in der Tschechischen Republik, Deutschland und Österreich prüfen lassen. Seien Sie versichert, ich halte hier alle Vorschriften ein und es ist mir in diesem Zusammenhang ein besonderes Bedürfnis Sie auf Folgendes hinzuweisen:

Auch mir geht es darum Interessenverbindungen und -Vermischungen, die per se Argwohn erwecken, aufzudecken und konsequent zu unterbinden. Nicht umsonst bin ich mit meiner Kampagne gegen Korruption in die Politik eingetreten. Es gilt aber danach zu differenzieren, ob eine öffentlich im Fokus stehende Beschäftigung bzw. Tätigkeit nicht gerade nur wegen eines bestimmten Mandates zustande gekommen ist. Dies ist ein sehr zentraler Aspekt für eine Einschätzung potentieller Interessenkonflikte zwischen Wirtschaft und Politik!

Tätigkeiten, die sich erst nach einem politischen Mandat ergeben haben erwecken viel mehr den Verdacht eines Interessenkonfliktes. So frage ich mich bis heute, wie einige Politiker in der Tschechischen Republik zu derartig großem Reichtum neben ihrem politischen Mandat kommen konnten. Auch in Deutschland gibt es hier Fälle, wie zum Beispiel die von Herrn Peer Steinbrück. Der als Abgeordneter des Deutschen Bundestags auch als Mitglied des Aufsichtsrates von ThyssenKrupp tätig war und eine ganz erhebliche Aufsichtsratsentschädigung erhielt. Auch die Partnerschaft von Friedrich Merz in der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP wurde während seines Abgeordnetenmandates begründet – und ich kann nicht ausschließen, dass diese Partnerschaften nur gerade deswegen zustande gekommen sind.

Dies alles trifft nicht auf mich zu, denn ich war schon vor meinem Einstieg in die Politik hinreichend in der Öffentlichkeit bekannt. Gerade meine unabhängige Stellung

erlaubt es mir meine politischen Inhalte nachhaltig zu vertreten, welche der Wähler auch legitimiert hat. Ein Verbot politischer Tätigkeiten für Unternehmer bzw. eine gesetzliche Verpflichtung erworbenes Vermögen, Aktienpakete, Geschäftsanteile etc. wegen eines Mandats- oder Regierungsamtes zu veräußern, besteht nicht. Hierfür sehe ich im Übrigen auch keine Notwendigkeit, besonders wenn der Wille zur Veränderung in der Bevölkerung derart stark ist wie in der Tschechischen Republik. Sicherlich haben wir in der politischen Kultur und im Umgang miteinander noch Aufholbedarf, aber ich habe in meinem Leben des Öfteren schon bewiesen ein verlässlicher und berechenbarer Partner zu sein.

Wenn Sie erlauben, würde ich mich bei unserem nächsten Treffen sehr gern Ihrer reichhaltigen beruflichen Erfahrung bedienen und wissbegierig über diese und auch andere Sachthemen mit Ihnen sprechen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A handwritten signature in blue ink, consisting of a large, stylized 'A' followed by a series of loops and a long horizontal stroke at the end.

Andrej Babiš